

Abstimmung 24. September 2017: Bundesbeschluss über die Ernährungssicherheit

Der Bauernverband lancierte 2014 die Volksinitiative «Für Ernährungssicherheit». Diese entstand als Reaktion auf die Agrarpolitik 2014-2017 des Bundes. Während ein Teil der Bauern die neue Ausrichtung auf eine nachhaltigere und ökologischere Landwirtschaft begrüsst, regte sich auch Widerstand gegen die Änderungen im Direktzahlungssystem. Mit der Initiative erhoffte sich der Bauernverband deshalb, wieder ein gemeinsames Anliegen vor das Volk bringen zu können: Die Verankerung der Ernährungssicherheit in der Verfassung, mitsamt Massnahmen zur Stärkung der heimischen Landwirtschaft.

In der Folge lehnten jedoch sowohl der Bundesrat als auch das Parlament die Initiative ab. Diese sei zu wenig konkret formuliert und zu stark auf die einheimische Produktion ausgerichtet. Stattdessen wurde ein direkter Gegenentwurf ausgearbeitet. Obwohl dieser als stark abgeschwächter Kompromiss zu verstehen ist, zog der Bauernverband infolgedessen seine ursprüngliche Version zurück. Zur Abstimmung steht folglich der direkte Gegenentwurf des Bundes.

Ausgangslage

Die Schweiz verfügt seit mehreren Jahrzehnten über eine hohe Versorgungssicherheit mit Lebensmitteln. Diese beruht sowohl auf der einheimischen Produktion als auch auf den offenen Handelsbeziehungen, insbesondere zu den Nachbarstaaten in der Europäischen Gemeinschaft. Der Selbstversorgungsgrad liegt durchschnittlich bei rund 50%. Zur vollständigen Deckung der Nahrungsmittelbedürfnisse ist die Schweiz somit auf Importe angewiesen. Dank Exporten von qualitativ hochwertigen Le-

bensmitteln ist die Handelsbilanz für einige Produkte beziehungsweise Produktgruppen dennoch positiv.

Eine schwere Mangellage an Nahrungsmitteln durch den Ausfall von Importen könnte zeitweise durch Pflichtvorräte kompensiert werden. Nach dem Ende des Kalten Kriegs wurden diese vom Bund auf drei bis vier Monate festgelegt. Im Fall einer länger andauernden Krise ist eine Versorgung auf tieferem Niveau vorgesehen. Schliesslich kann durch Optimierung der Produktion der Grad der Eigenversorgung erhöht werden.

Das geltende Recht gewährleistet die Lebensmittelversorgung für die Schweiz somit bereits heute – sowohl im Normal- als auch im Krisenfall. Allerdings ist der Begriff der Ernährungssicherheit nicht explizit in der Verfassung verankert. Konkret bedeutet Ernährungssicherheit, dass die Bevölkerung jederzeit Zugang zu einer ausreichenden Menge von hochwertigen und bezahlbaren Lebensmitteln hat.

Was wird geändert

Die Vorlage hat zum Ziel, die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung langfristig sicherzustellen. Dazu sieht sie folgende fünf Pfeiler vor:

- Die Sicherung der Grundlagen für die landwirtschaftliche Produktion,
- eine standortangepasste und ressourceneffiziente Lebensmittelproduktion,
- eine auf den Markt ausgerichtete Landwirtschaft,
- grenzüberschreitende Handelsbeziehungen
- sowie einen ressourcenschonenden Umgang mit Lebensmitteln.

Zusammenfassung

Ziel

Die Vorlage möchte den Begriff der Ernährungssicherheit in der Verfassung verankern und so die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung langfristig sicherstellen.

Wichtigste Änderungen

Folgende fünf Pfeiler werden festgelegt: Sicherung der Grundlagen für die landwirtschaftliche Produktion, standortangepasste und ressourceneffiziente Lebensmittelproduktion, auf den Markt ausgerichtete Landwirtschaft, grenzüberschreitende Handelsbeziehungen, ressourcenschonender Umgang mit Lebensmitteln.

Da das bestehende Recht bereits ähnliche Bestimmungen umfasst, hätte ein Ja keine direkten Auswirkungen auf die bestehende Agrarpolitik.

Argumente der Befürworter

Die Vorlage garantiert ein umfassendes und langfristiges Konzept für die Ernährungssicherheit der Bevölkerung.

Argumente der Gegner

Die Vorlage ist aufgrund ihres fehlenden Neuigkeitsgehalts überflüssig. Sie verursacht deshalb nur unnötige Kosten.

Auswirkungen

Ähnliche Bestimmungen sind bereits unter geltendem Recht in Kraft. Entsprechend hat die Vorlage keine direkten Auswirkungen. Weder Gesetzesanpassungen noch neue Subventionen sind zu erwarten, wie der Bundesrat mehrfach betont hat. Vielmehr bestärkt die Vor-

lage den bestehenden Kurs in der Agrarpolitik. Entscheidender als der Ausgang der Abstimmung wird daher die langfristige Interpretation sein. Es ist ein durchaus realistisches Szenario, dass weder ein Nein noch ein Ja am Status Quo etwas ändern werden. Langfristig könnte ein Ja zur Vorlage allerdings auch als klares Bekenntnis der Bevölkerung zur heimischen Landwirtschaft ausgelegt und Forderungen nach neuen oder zusätzlichen Subventionen daraus abgeleitet werden.

Die Verankerung des Begriffs der Ernährungssicherheit in der Bundesverfassung würde aber auf jeden Fall eine Staatsaufgabe auf oberster Ebene begründen. Selbst wenn dies keine direkten Folgen auf die bestehende Agrarpolitik hat, wird die Bedeutung der Ernährungssicherheit hervorgehoben und dürfte etwas stärker in das Bewusstsein der Bevölkerung dringen.

Argumente der Befürworter

Gemäss Befürwortern garantiere die Vorlage ein umfassendes, zukunftsgerichtetes Konzept für die Ernährungssicherheit der Bevölkerung. Sie berücksichtige sämtliche Stufen der Lebensmittelkette – vom Feld bis auf den Teller. Sowohl eine Ausrichtung auf den Markt und die Konsumentenbedürfnisse als auch ein Bekenntnis zum Kulturland, Naturschutz und zum schonenden Umgang mit Lebensmitteln würden verankert.

Zudem fördere die Vorlage den internationalen Handel mit Lebensmitteln aus fairer und nachhaltiger Produktion.

Nicht zuletzt könne die Vorlage daher als Orientierungshilfe für anstehende Revisionen wie jene des Raumplanungsgesetzes oder der Agrarpolitik nach 2021 verstanden werden.

Argumente der Gegner

Da bei Annahme der Vorlage keine einschneidenden Änderungen zu erwarten sind, wurde kein Gegenkomitee gebildet. Dennoch gibt es von verschiedenen Seiten ablehnende Stimmen.

Insbesondere wird kritisiert, dass die Vorlage aufgrund ihres fehlenden Neigkeitsgehalts überflüssig sei. Sie diene einzig dem Bauernverband dazu, sein Gesicht zu wahren. Denn dessen ursprüngliche Initiative hätte gemäss Gegnern an der Urne keine Chance gehabt. Bestehende politische Kurse sollen jedoch nicht zusätzlich mittels Volksabstimmung und Verankerung in der Verfassung bestärkt werden.

Stimmbürger würden dadurch zu oft und unnötigerweise an die Urne gebeten und abstimmungsmüde. Zudem entstünden durch solche Vorlagen und Abstimmungen unnötige Kosten.

Literaturverzeichnis:

- Agrarallianz. (2012). *Dossier „Produzierende Landwirtschaft“*. Gefunden am 03.08.2017 unter https://www.agrarallianz.ch/uploads/media/Dossier_prod_LW_Agrarallianz_01.pdf
- Bundesamt für Landwirtschaft [BLW]. (2016). *Agrarbericht 2016*. Gefunden am 03.08.2017 unter <https://www.agrarbericht.ch/de>
- Bundesamt für Landwirtschaft [BLW]. (2017). *Gegenentwurf zur Volksinitiative «Für Ernährungssicherheit»*. Gefunden am 22.07.2017 unter <https://www.blw.admin.ch/blw/de/home/politik/ernaehrungssicherheit/intitiative-fuer-ernaehrungssicherheit.html>
- Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung [BWL]. (2017). *Lebensmittel*. Gefunden am 03.08.2017 unter <https://www.bwl.admin.ch/bwl/de/home/themen/lebensmittel.html>
- Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung [BWL]. (2017). *Pflichtlager Ernährung*. Gefunden am 03.08.2017 unter https://www.bwl.admin.ch/bwl/de/home/themen/pflichtlager/pflichtlagersortiment/pflichtlager_ernaehrung.html
- Bundesrat. (2017). *Bundesbeschluss über die Ernährungssicherheit (direkter Gegenentwurf zur zurückgezogenen Volksinitiative «Für Ernährungssicherheit»)*. Gefunden am 21.07.2017 unter <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/abstimmungen/20170924/bundesbeschluss-ueber-die-ernaehrungssicherheit.html>
- Bundesrat. (2017). *Volksabstimmung vom 24. September 2017 – Erläuterungen des Bundesrates*. Gefunden am 21.07.2017 unter https://www.admin.ch/dam/gov/de/Dokumentation/Abstimmungen/Septembre2017/20170924_DE-Abstimmungserl%C3%A4uterungen-pdf7919.pdf.download.pdf/20170924_DE-Abstimmungserl%C3%A4uterungen-pdf7919.pdf
- Der Bund. (2017, 8. März). *Gruppentherapie auf Verfassungsstufe*. Gefunden am 26.07.2017 unter <http://www.derbund.ch/schweiz/standard/gruppentherapie-auf-verfassungsstufe/story/10310090>
- Eidgenössisches Departement des Innern [EDI]. (2017). *Schweizer Ernährungsstrategie 2017-2024*. Gefunden am 03.08.2017 unter https://www.blv.admin.ch/dam/blv/de/dokumente/lebensmittel-und-ernaehrung/ernaehrung/schweizer-ernaehrungsstrategie-2017-2024.PDF.download.PDF/Ernaehrungsstrategie_Brosch_DE.pdf.PDF
- Komitee Ernährungssicherheit. (2017). *Gründe für den Verfassungsartikel zur Ernährungssicherheit*. Gefunden am 22.07.2017 unter <https://www.ernaehrungssicherheit.ch/de/ernaehrungssicherheit/alle-gründe-für-ein-ja.html>
- Neue Zürcher Zeitung. (2013, 27. Februar). *Agrarpolitik 14-17 – SVP zählt auf den Bauernverband*. Gefunden am 22.07.2017 unter <https://www.nzz.ch/schweiz/svp-zaehlt-auf-den-bauernverband-1.18027186>

- Neue Zürcher Zeitung. (2017, 7. März). *Volksinitiative – Die Bauern wahren ihr Gesicht*. Gefunden am 22.07.2017 unter <https://www.nzz.ch/schweiz/volksinitiative-die-bauern-wahren-ihr-gesicht-ld.149830>
- Neue Zürcher Zeitung. (2017, 29. Juni). *Gegenentwurf zur Bauern-Initiative – Begehren der Bauern ist überflüssig*. Gefunden am 22.07.2017 unter <https://www.nzz.ch/meinung/volksabstimmung-ueber-den-gegenentwurf-zur-bauern-initiative-begehren-der-bauern-ist-ueberflues-sig-ld.1303550>
- Neue Zürcher Zeitung. (2017, 7. Juli). *Ernährungssicherheit – Der Urnengang ohne Gegner*. Gefunden am 21.07.2017 unter <https://www.nzz.ch/schweiz/ernaehrungssicherheit-der-urnengang-ohne-gegner-ld.1304767>
- Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung [OECD]. (2015). *OECD-Studie zur Agrarpolitik: Schweiz 2015*. Gefunden am 03.08.2017 unter <http://www.oecd-ilibrary.org/docserver/download/5114095e.pdf?expires=1501775747&id=id&ac-cname=ocid195658&checksum=8F5F25B01547F65A20349AF53526B227>
- Schweizer Bauernverband [SBV]. (2016, 4. November). *Gegenvorschlag zu Initiative für Ernährungssicherheit*. Gefunden am 22.07.2017 unter <https://www.sbv-usp.ch/de/medien/medienmitteilungen/archiv-2016/041116-entscheid-wak-s/>
- Tagesanzeiger. (2015, 10. April). *Tausende Hungertote in der Schweiz*. Gefunden am 03.08.2017 unter http://oc-crdata.unibe.ch/press_coverage/pdf/TA20150410.pdf